

Bürger als Experten

von Oliver Märker

Knapp zehn Jahre sind seit dem ersten E-Partizipationsprojekt vergangen. Heute können Bürger vor allem im Rahmen kommunaler Planungen ihre Meinung via Online-Formular an die Verwaltung übermitteln. Die Interaktion wird bisher zu wenig berücksichtigt.

Im Jahr 1998 plante die Stadt Bonn ein Neubaugebiet und stellte dazu einen Bebauungsplan auf. Während der ersten Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden die Pläne im Stadthaus ausgelegt. Vor Ort wurden sie im Rahmen einer Bürgerversammlung vorgestellt und diskutiert. Erstmals wurden die Planungsunterlagen den Bürgern außerdem in einer virtuellen Bibliothek im Internet zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde den Bürgern vier Wochen lang die Möglichkeit gegeben, in einem Diskussionsforum Stellungnahmen online abzugeben. Dies war auch während der Bürgerversammlung vor Ort möglich, wo die Bürger ihre Beiträge mit Unterstützung einer städtischen Mitarbeiterin in das Diskussionsforum einstellen konnten.

Auch wenn nur etwa 50 Bürger das Informationsangebot nutzten und lediglich drei Beiträge in das Forum eingestellt wurden, so kann diese Öffentlichkeitsbeteiligung trotzdem als Geburtsstunde elektronischer Partizipation in Deutschland bezeichnet werden, enthielt sie doch in Ansätzen wichtige Aspekte heutiger elektronischer Partizipation: Informations- und Dialogangebote im Internet kombiniert mit Unterstützung und Angeboten für Bürger, die im Umgang mit Computern

nicht geübt sind oder den direkten Kontakt bevorzugen.

Seit 1998 hat sich einiges getan. Die Durchdringung der Gesellschaft mit neuen Medien ist weiter vorangeschritten. Es zählt heute nicht mehr nur die Frage, wie viele Bundesbürger über das Internet erreicht werden können, sondern ebenso die Gegebenheit, dass immer mehr Bürger auch das Internet als Informations- und Beteiligungsmedium nutzen wollen. Die steigende Bedeutung der neuen Medien als Beteiligungskanal hat sich auch im Planungsrecht niedergeschlagen – so wird seit 2004 mit der Novellierung des Baugesetzbuches durch § 4a Absatz 4 den Städten und Gemeinden explizit die Möglichkeit gegeben, bei der Öffentlichkeitsbeteiligung ergänzend auch elektronische Informationstechnologien einzusetzen. Knapp zehn Jahre nach der Bürgerbeteiligung in Bonn geht es also nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie.

In Deutschland ist klar zu erkennen, dass die Vorhabenträger den Bürgern im Rahmen kommunaler Planungen, insbesondere der Bauleitplanung, oder regionaler Planungen, wie beispielsweise regionale Flächennutzungsplanung, Landschaftsplanung oder Raum-

ordnungsverfahren, zunehmend die Möglichkeit bieten, ihre Anregungen und Bedenken auch über Online-Formulare an die planende Verwaltung zu übermitteln. (siehe Seite 24 und 28) Diese Möglichkeiten stehen zumeist im Zusammenhang mit Bemühungen, das gesamte Planungsverfahren online durchzuführen und auch die beteiligten Behörden sowie sonstige Träger öffentlicher Belange digital zu beteiligen.

Die Digitalisierung formeller Planungsprozesse stellt zwar eine notwendige aber keine hinreichende Modernisierung der Beteiligung dar. Denn auch digitalisiert sind sie aus Sicht des Bürgers wenig attraktiv, da planungsrechtlich vorgeschriebene Angebote regelmäßig zu spät im Planungszyklus verankert sind, sodass Grundzüge der Planung nur unwesentlich beeinflusst werden können. Zudem stellen sie in der Regel vereinzelte, auf die Planungsbehörde gerichtete Kommunikationsergebnisse dar und verzichten damit völlig auf den interaktiven Charakter des neuen Mediums.

Aus der Perspektive der Bürger sind Partizipationsangebote attraktiver, bei denen sie aufgefordert werden, sich mittels Beiträgen in Online-Dialogen oder durch Mitarbeit an kooperativen Dokumenten

wie Wikis an der Entwicklung und Ausgestaltung von Planungsalternativen zu beteiligen und über mögliche Auswirkungen zu diskutieren. Solche online-moderierten Verfahren werden in Deutschland im Rahmen von Visions- und Leitbildprozessen (etwa Wachsende Stadt Hamburg), Prozessen zu städtebaulichen Veränderungen und Stadtgestaltung (beispielsweise Mauerdialog Berlin) sowie Prozessen zur Verteilung von Ressourcen, Anlagen oder Einrichtungen angeboten. Zu Letzteren gehören insbesondere elektronisch-unterstützte Bürgerhaushalte, wie der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg, in denen Anregungen, Ideen und (Spar-)Vorschläge der Bürger zu Teilbereichen des kommunalen Haushalts in die Beratungsprozesse zur Haushaltsaufstellung eingebracht werden. (siehe Interview Seite 23)

Durch online-moderierte Dialoge wird bürgerschaftliche Expertise gewonnen, die Verwaltung und Politik anschließend zur Qualifizierung ihrer Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen. Im Vordergrund steht also nicht, per Mausclick zwischen vorgegebenen Alternativen zu entscheiden. Vielmehr sind

diese Verfahren dadurch charakterisiert, dass ihre Ergebnisse Politik und Verwaltung als zusätzliches Abwägungsmaterial vorgelegt werden. Damit wird auch ihr Modernisierungspotenzial deutlich. Denn online-moderierte Verfahren fördern die Öffnung interner Planungsabläufe für bürgerschaftliche Expertise, ebenso wird transparent, ob und inwieweit erarbeitete Bürgervorschläge in die Entscheidungsfindung einfließen. Neben der Innovation der Planungs- und Beteiligungskultur fördern Projekte dieser Art auch die ressort- und hierarchieübergreifende Zusammenarbeit in Verwaltungen, zum Beispiel dann, wenn im Dialog Sachfragen aus der Bürgerschaft beantwortet werden.

Die Bedeutung neuer Medien wird weiter steigen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich neue Medien als Spiegelmedium etablieren werden. Immer dann, wenn Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt werden, wird das Internet nicht nur



Berlin-Lichtenberg: Veranstaltung zum Bürgerhaushalt.

zur Online-Beteiligung genutzt werden, sondern als Informations- und Dokumentationsmedium auch das gesamte Verfahren widerspiegeln. Weiterhin wäre wünschenswert, dass dialogische Elemente in formale Angebote der Öffentlichkeitsbeteiligung integriert werden, die über die unidirektionalen Online-Formulare hinausgehen. Denn warum sollte eine Bürgerversammlung nicht auch zusätzlich im Internet als Dialogangebot realisiert werden? Immerhin gab es schon 1998 in Bonn genau dafür ein Diskussionsforum – heute gibt es auch die Nutzer dazu.

Dr. Oliver Märker ist beim Verein Zebra-log tätig. Er berät Politik und Verwaltung bei der Konzeption und Umsetzung medienübergreifender Beteiligungsprozesse auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene.